

Wie sich das Fehlen klarer Regelungen auf diesem Gebiet sowohl bei den Schulden als auch bei der Stimulierung des Exports auch auf allgemein anerkannt leistungsfähige Betriebe verheerend auswirkt, zeigt der Betrieb „7. Oktober“ - Werkzeugmaschinenhersteller, der mit zu den leistungsfähigsten Betrieben gehört und auch perspektivisch über Absatzbedingungen verfügt -, der aufgrund ungeklärter Fragen des Exports und Imports und auch wegen der durch die bestehenden Schulden fehlenden Möglichkeiten und Bedingungen, Kredite aufzunehmen, in große Schwierigkeiten gerät. Es sind damit auch für solche perspektivreichen Betriebe die Bedingungen, die als Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Aufschwung in den nächsten Monaten und Jahren notwendig sind, noch ungenügend gewährleistet.

Ich gehe davon aus, daß jede sinnvoll eingesetzte Mark für die Entschuldung sich mehrfach rentiert - durch Einsparung von Geldern für die Arbeitslosenunterstützung, durch Mehreinnahmen an Steuern und durch Gewinnerhöhungen, die wiederum für Investitionen eingesetzt werden können.

Zu einer zweiten Frage - Privatisierung, die nach einem durchdachten Konzept erfolgen sollte, dessen Grundlage die realen Interessen der Bürgerinnen und Bürger der DDR und die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind. Ich glaube, auch hier besteht die Gefahr einer weiteren Entwertung des Vermögens der Betriebe und von Preisen für den Verkauf, die sehr ungünstig sind, Schleuderpreise, die bei weitem nicht den realen perspektivischen Ertragswerten entsprechen, wenn weiter verzögert wird.

Ich bin der Meinung, daß es notwendig ist, einen Schritt jenseits zur bisher ständig verkündeten Rangfolge bei der Verwertung der Erlöse der Treuhandanstalt zu gehen. An der ersten Stelle stehen Strukturanpassung und Sanierung; zweitens Sanierung des Staatshaushaltes und Befreiung von Schulden und drittens Anteile der Bevölkerung.

Es nützt doch nichts - darüber haben wir auch schon des öfteren gesprochen -, nur von einer verbalen Erklärung auszugehen, daß an der Spitze Sanierung und Strukturanpassung stehen, wenn die Belastung durch Schulden so hoch ist, daß sie droht, daß hierfür der Hauptteil eingesetzt werden muß.

Ich hätte an den Präsidenten der Treuhandanstalt die Frage, ob er etwas dazu sagen kann, welche Größenvorstellungen bestehen, wie die Mittel aus den Erlösen bisher eingesetzt wurden und künftig eingesetzt werden sollen für die Sanierung und Strukturanpassung. Meines Erachtens ist es dringend notwendig, auch hier bestimmte quantitative Orientierungen vorzugeben, damit auch gewährleistet wird, daß für diese Sanierungsaufgaben tatsächlich der Hauptteil eingesetzt wird.

#### **Stellvertreter der Präsidentin Helm:**

Herr Abgeordneter, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit schon beträchtlich überschritten ist.

#### **Prof. Dr. Steinitz (PDS):**

Ich möchte nur hinweisen auf eine dritte Frage, die mit den Anteilen der Bevölkerung zu tun hat. Das ist oft versprochen worden, im ersten und zweiten Staatsvertrag ist das mit sehr vagen, unverbindlichen Erklärungen enthalten.

Ich halte es für dringend notwendig, daß auch hier eindeutig eine Antwort erfolgt: Bis wann wird darüber eine verbindliche Auskunft gegeben, in welchem Umfang und welcher Art und Weise die Bevölkerung Anteil bekommt an diesem Vermögen, wieweit die Abwertung aus dem Umtausch umgesetzt wird in entsprechende Anteilsscheine der Bevölkerung bzw. - wenn das nicht getan werden kann - halte ich es doch für notwendig, ob es nicht ehrlicher ist, richtiger ist, das eindeutig zu sagen und nicht bei solchen unverbindlichen Erklärungen stehenzubleiben, daß ein solcher Einsatz nicht möglich ist. Ich würde für unbedingt notwendig halten, daß zu dieser Frage eine klärende Auskunft heute gegeben wird.

Gestatten Sie mir noch zwei Sätze abschließend. Ich glaube, daß eine Richtigstellung vorzunehmen eine Notwendigkeit auch gegenüber der Volkskammer und den Abgeordneten ist. Das bezieht sich auf eine Sitzung, die nicht allzuweit zurückliegt, die vor 14 Tagen stattgefunden hat.

Damals wurde ein Versprechen abgegeben, eine Frage, die etwas im Raum stehengeblieben war, zu klären. Die Frage war infolge des Beitrages des Abgeordneten Bogisch entstanden, im Zusammenhang mit dem Antrag auf eine Arbeitnehmervertretung in der Treuhandanstalt, und in dem er eine Behauptung aufgestellt hatte, die nicht mit den Tatsachen übereinstimmt.

Wir hatten festgelegt, daß wir das im Protokoll nachsehen. Ich hatte, da ich Herrn Bogisch an diesem Tag nicht fand, den Auszug, in dem eindeutig zum Ausdruck kam, daß dieser Antrag nicht von der SPD gestellt wurde, übergeben. Herr Bogisch hatte erklärt, daß wir uns das Protokoll gemeinsam ansehen wollen. Ich warte seit 14 Tagen vergeblich auf eine Reaktion, um das hier vor der Volkskammer richtigzustellen. Ja, das ist schon eine wichtige Sache, wenn eine solche Behauptung aufgestellt wird.

(Nicht zu verstehender Zuruf von der SPD)

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Ich bitte darum, den Beitrag abubrechen. - Ich bedanke mich und bitte die nachfolgenden Redner, dem Vorredner nicht zu folgen, was die Disziplin der Einhaltung der Redezeit betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Es schließt sich an für die Fraktion der F.D.P. der Abgeordnete von Ryssel.

#### **Bogisch (SPD):**

Ich würde gerne eine persönliche Erklärung dazu abgeben, zu dieser Lüge, die hier eben verbreitet wurde.

#### **Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:**

Da der Redner der F.D.P. schon aufgerufen ist, würde ich Vorschlägen, daß wir das zurückstellen.

#### **Von Ryssel für die Fraktion der F.D.P.:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten in der vorletzten Volkskammersitzung unseren Antrag für diese Berichterstattung der Treuhandanstalt eingebracht, und ich möchte mich hier dafür bedanken, daß so prompt und so schnell darauf reagiert worden ist. Uns bedrücken trotzdem noch einige Probleme. Als erstes ist für uns nach wie vor unbefriedigend, wie die Entflechtung unserer Wirtschaft zur Zeit vorangetrieben wird. Es häufen sich die Beschwerden aus allen Richtungen der Industrie, daß Betriebe, die sich eigenständig entwickeln wollen und auch Überlebenschancen als eigenständiger Betrieb hätten, nur schwer aus den Verbänden der ehemaligen Kombinate herauskommen. Ich würde darum bitten, daß wir hier von der Treuhandanstalt konkrete Festlegungen dazu erfahren, wie das in Zukunft schneller erfolgen kann.

Das zweite Problem, das wir in unserer Anfrage angesprochen hatten, war die Sicherstellung der Besetzung der Geschäftsführungen, Vorstände und Aufsichtsräte durch fachkompetente Vertreter. Wir werden ja heute im Laufe des Tages noch auf eine dahingehende Gesetzesvorlage zu sprechen kommen. Ich vertrete hier nochmals die Meinung, daß es eigentlich nicht Sache dieses Hauses ist, ein Gesetz dazu zu erlassen, sondern Sache der Treuhandanstalt wäre, diese Ordnung zur Besetzung der Funktionen der Geschäftsführungen und Vorstände herbeizuführen.

Weiterhin muß ich bezweifeln, ob es möglich sein wird, mit den sogenannten Außenstellen oder Niederlassungen eine ein-